



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Dienstag, 06.12.2022, 18:30 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2023 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2022 - 2026 - Beratung und Entscheidung über Anträge zum Haushaltsplan	Vorl.Nr. 377/22
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderats.

Nachdem er die Beschlussfähigkeit festgestellt hat und es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf. Die Haushaltsanträge der Fraktionen werden im Folgenden beraten.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen informiert anhand des Beratungsfahrplans (vgl. Anlage zur Vorl.Nr. 377/22) zudem über Änderungen im Haushaltsplan.

TOP 1.1	Wärmeplanung umsetzen - Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2022	Vorl.Nr. 423/22
---------	---	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Sorg** erläutert den Antrag.

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die geplante Beschlussfassung zur Wärmeleitplanung im 1. Quartal 2023. Ein regelmäßiger Bericht über die dann folgende Umsetzung der Maßnahmen in den Gremien sagt OBM Dr. Knecht zu. Es werde eine enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Ludwigsburg-

Kornwestheim angestrebt.

Der Antragsteller und das **Gremium** zeigen sich mit diesem Vorgehen einverstanden. Auf eine Abstimmung wird verzichtet.

TOP 1.2

Gasnetz für morgen
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 22.11.2022

Vorl.Nr. 427/22

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Sorg** erläutert den Antrag.

OBM **Dr. Knecht** führt aus, dass das Ziel des Antrags auch von der Stadtverwaltung verfolgt wird. Die Verortung der Thematik liegt bei den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH, eine Einstellung von Mitteln in den städtischen Haushalt sei nicht notwendig. OBM Dr. Knecht schlägt vor, das Thema an die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim zu verweisen. Eine Beratung des Themas im dortigen Aufsichtsrat und einen Bericht im Gemeinderat sagt er zu.

Der Antragsteller und das **Gremium** zeigen sich mit diesem Vorgehen einverstanden. Auf eine Abstimmung wird verzichtet.

TOP 1.3

KlimaBonus PLUS
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 22.11.2022

Vorl.Nr. 424/22

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadtrat Heer
Stadtrat Lutz
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Raasch

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Sorg** erläutert den Antrag.

BMin **Schwarz** erläutert dazu, dass mit den im Jahr 2022 zusätzlich bewilligten 100.000 Euro nun 350.000 Euro insgesamt im Fördertopf zur Verfügung stehen. Bis November 2022 seien 300.000 Euro bewilligt worden, aber nur 50.000 Euro tatsächlich abgeflossen. Ziel sei, dass jeder Antrag auch beschieden werden kann. Gegebenenfalls könnte mit Mitteln aus der Deckungsreserve reagiert werden.

Stadtrat **Herrmann** zufolge sei das Förderprogramm richtig und die Förderung jeden Antrags sei positiv. Da laut Verwaltungsaussage die Mittel ausreichen, sei der Haushaltsantrag überflüssig und darüber müsse nicht abgestimmt werden.

Stadtrat **Weiss** führt aus, dass die Freie-Wähler-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Für Klimaschutz werde viel und genug getan und eine Aufstockung der Fördersumme sei nicht nötig.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** sieht das Förderinstrument als wichtig an, gleichwohl dadurch vor allem wohlhabende Menschen profitieren. Er fragt, ob auch Mieterhaushalte Förderanträge stellen können. Da die Verwaltung die Auskömmlichkeit der Mittel darlegte, könne seine Fraktion dem Haushaltsantrag nicht zustimmen. Er erkundigt sich, ob auch mit Verpflichtungserklärungen gearbeitet werden könne.

Für Stadtrat **Haag** ist die hinreichende Ausstattung des Fördertopfes durch die Verwaltung dargelegt worden. Auch im nächsten Jahr werden die nicht abgerufenen Mittel den Abfluss beeinflussen. Er fragt, ob das Förderinstrument auch tatsächlich auslösende Wirkungen auf diese Investitionen habe.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erläutert, dass das Programm KlimaBonus im konsumtiven Haushalt enthalten sei, und daher Verpflichtungserklärungen nicht möglich seien. Die nicht abgeflossenen Mittel könnten immer in den folgenden Haushalt übertragen werden.

Laut BMin **Schwarz** werde das Förderprogramm evaluiert und ggf. nachgesteuert. Auch das Thema Balkonsolaranlagen werde in den Blick genommen.

OBM **Dr. Knecht** betont, dass die Zielsetzung des Haushaltsantrags das Gremium eine. Aus haushaltstechnischer Sicht könne mit der Deckungsreserve situativ reagiert werden, vor allem, was das Thema Mittelabfluss angehe.

Die Wichtigkeit des Vorgehens in der Klimapolitik soll für die Bevölkerung durch den Antrag ersichtlich werden, daher spricht sich Stadtrat **Sorg** für eine Abstimmung aus.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** betont, dass seine Fraktion unterschiedlich abstimmen werde, er werde sich enthalten. Dies solle nicht als Stimme gegen den Klimaschutz gewertet werden – die Zielsetzung des Förderprogramms unterstützt er vorbehaltlos –, lediglich der finanzielle Aspekt des Haushaltsantrags sei nicht sinnvoll.

OBM **Dr. Knecht** erklärt, dass er sich enthalten werde, und lässt sodann über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadtrat Heer
Stadtrat Lutz
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Raasch
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Sorg** erläutert den Antrag.

BMin **Schwarz** zufolge seien die Quartierskonzepte eine sinnvolle Sache. Bei der Stadtverwaltung wird zur Bearbeitung im Laufe des kommenden Jahres eine weitere Person eingestellt, momentan sei ein Mitarbeiter mit der Thematik betraut. Sie schlägt vor, 2023 aufgrund der Kapazitätsgründe zunächst zwei weitere Quartiere umzusetzen, und dafür die Summe des Antrags auf 40.000 Euro zu ändern, also 40.000 Euro zusätzlich in den Haushalt einzustellen für das zweite realisierbare Quartier. Die restlichen 60.000 Euro könnten dann für den Haushalt 2024 zum Tragen kommen.

Stadtrat **Meyer** tue sich schwer, zusätzliche Summen und Ausgaben in den Haushalt aufzunehmen, wenn diese unter Umständen nicht nötig seien. Die Aktivitäten der Quartiersarbeit seien positiv. Allein gebe es auch andere mögliche Finanzierungen und Deckungsvorschläge.

Der Vorschlag der Verwaltung sei schlüssig, so Stadtrat **Weiss**. Ohne eine beschlossene Gegenfinanzierung könne seine Fraktion allerdings nicht zustimmen.

Stadträtin **Liepins** spricht sich dafür aus, den Betrag im Antrag auf 40.000 Euro zusätzliche Mittel zu ändern.

Auf die Nachfrage von Stadtrat **Haag** nach der Förderung der Quartierskonzepte antwortet BMin **Schwarz**, dass die Förderungen durch das Land von 75 % bewilligt werden.

OBM **Dr. Knecht** spricht sich für die Verwaltung für die geänderte Antragssumme von 40.000 Euro aus, da die personellen Grenzen zur Bearbeitung bestehen.

Stadtrat **Sorg** erklärt sich einverstanden, den Antrag auf 40.000 Euro zusätzliche Mittel abzuändern.

Der entsprechend geänderte Antrag wird von OBM **Dr. Knecht** zur Abstimmung gestellt.

Außerhalb der Beratung zu den Haushaltsanträgen möchte Stadtrat **Prof. Vierling** sich rückversichern, dass der Gegenfinanzierungsvorschlag der Haushaltsanträge zur formalen Richtigkeit enthalten sei, dieser aber nicht Teil der Abstimmung über den Antrag an sich sei.

Dies wird von OBM **Dr. Knecht** bejaht. Im Haushaltsentwurf vom November sei ein gewisser Spielraum enthalten gewesen; durch Mehrausgaben, etwa durch die Beschlüsse zu den Haushaltsanträgen, bzw. durch Mindereinnahmen, bspw. durch die verschlechterte Steuerschätzung, würde dieser Spielraum kleiner werden.

TOP 1.5

Einführung eines Klimaschutzfonds
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 22.11.2022

Vorl.Nr. 425/22

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Sorg** erläutert den Antrag.

BMin **Schwarz** plädiert dafür, die Beratung über einen Klimaschutzfonds in den Bauausschuss zu verweisen. Das Thema werde ohnehin vom Referat für Stadtentwicklung, Klima und Internationales bearbeitet, und ein Konzept für einen Klimaschutzfonds soll im Frühjahr dem Ausschuss vorgestellt werden.

Stadtrat **Braumann** findet den Vorschlag gut und könne dem Antrag zustimmen, mit der Feststellung, dass keine zusätzlichen Kosten für den Haushalt eingeplant werden müssen.

Stadtrat **Haag** fragt nach einer ungefähren Größenordnung des Volumens des Fonds.

BMin **Schwarz** führt aus, dass je nach inhaltlicher Gestaltung des Fonds die Höhe beziffert werden kann.

Der **stellv. Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales ergänzt, dass im Rahmen der Klimaneutralität 2035 im kommenden Jahr eine Anfangsbilanz erstellt werde, in der der CO₂-Ausstoß der Stadtverwaltung ermittelt wird. Für die Gesamtstadt sei ein Wert von 796.000 Tonnen CO₂ ermittelt worden.

Das Thema wird mit Einverständnis des **Gremiums** und des Antragstellers auf den Bauausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Handel** stellt den Antrag vor.

BM **Manni** nennt eine mögliche Einnahmenverbesserung durch den Haushaltsantrag von 213.000 Euro. Insgesamt sei die Antragstellung aufgrund der Einbeziehung von Fahrzeuggewicht sehr komplex. Bislang sei das Fahrzeuggewicht nicht erfasst, was künftig bei der Beantragung des Bewohnerparkausweises nötig würde. Aus Sicht der Verwaltung ist eine qualifizierte Befassung mit dem Thema im Ausschuss angebracht.

Stadtrat **Herrmann** erinnert daran, dass im Februar 2022 die Erhöhung der Bewohnerparkgebühren von 30 auf 120 Euro jährlich beschlossen worden sei. Seine Fraktion habe damals lediglich für eine Verdopplung auf 60 Euro plädiert. Die CDU-Fraktion lehnt weitere Parkgebührenerhöhungen kategorisch ab.

Stadtrat **Weiss** schließt sich dem Vorredner an. Er lehnt den Antrag ab.

Stadträtin **Liepins** findet eine neuerliche Erhöhung nach einem Dreivierteljahr nicht angebracht. Über das Thema Parkraumbewirtschaftung in der Stadt wird noch diskutiert werden müssen, da viele Aspekte in den Stadtteilen verbesserungswürdig sind.

Stadträtin **Knecht** hat für die Bewohnerbesuchsausweise die Idee einer digitalen Umsetzung, da die vorherige Ausstellung mittels Abreibblocks ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand war. Sie bittet um Abstimmung des Antrags.

Stadtrat **Müller** stimmt dem Antrag grundsätzlich zu, gibt aber den hohen Verwaltungsaufwand zu bedenken.

Für Stadträtin **Kainz** müsste der Haushaltsantrag im Einzelnen nochmals durchgedacht werden, da viele Aspekte unausgegoren seien.

Der Aspekt „Wert eines Parkplatzes“, der auch die Bereiche Flächenversiegelung und Oberflächenwasser einschließt und im diesem Zusammenhang die Frage nach der Kostendeckung, sollte im Ausschuss vorgestellt werden, so Stadtrat **Handel**.

Die angesprochenen Fragen werden im Jahr 2023 ohnehin im Ausschuss behandelt werden, so BM **Manni**. Eine Kostendeckung liege bei ungefähr 60 Euro. Eine Lenkungswirkung sei auch mit den 120

Euro jährlich noch nicht möglich.

Nach dieser Beratung wird der Antrag vom Antragsteller Stadtrat **Handel** zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Prof. Vierling** erläutert den Antrag.

EBMin **Schmetz** schlägt vor, den Antrag in den Bildungs- und Sozialausschuss ohne Zeitvorgabe zu verweisen. Es müssten zunächst die Entwicklungen mit den Änderungen in der Sozialgesetzgebung ab 01.01.2023 (Wohngeldreform, Bürgergeld) beobachtet werden. Einendes Ziel sei, die Angebote und Erleichterungen durch die Ludwigsburg Card genau an die Zielgruppen weiterzugeben. Bislang seien die Haushaltsmittel immer auskömmlich gewesen. Eine Neu-Konzeption soll dann im Ausschuss vorgestellt werden. EBMin Schmetz begrüßt die Bereitschaft zum dialogischen Vorgehen.

Stadtrat **Meyer** beteiligt sich auch gern am Dialog für die Weiterentwicklung der Ludwigsburg Card. Informationen für die Inhaber der Ludwigsburg Card seien enorm wichtig und sollten nicht am Datenschutz scheitern.

Stadtrat **Weiss** ist die gezielte Förderung der Menschen mit Bedarf wichtig.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** ist soziale und gesellschaftliche Teilhabe wichtig und er zeigt sich mit der Beratung im Ausschuss einverstanden.

Für Stadtrat **Haag** seien viele Veränderungen in der Sozialgesetzgebung unklar, eine finanzielle Festlegung mit einem Betrag sei noch nicht abschätzbar.

Stadtrat **Müller** befürwortet zudem eine Evaluation der bisherigen Ludwigsburg Card, um bestehende Schwachpunkte aufzuzeigen.

Das **Gremium** und der Antragsteller zeigen sich mit dem Verweis in den Bildungs- und Sozialausschuss ohne Zeitvorgabe einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Eisele** stellt den Antrag vor.

Auf Anregung von OBM **Dr. Knecht** sollen sich der Bildungs- und Sozialausschuss und der Bauausschuss in einer gemeinsamen Sitzung dem Thema umfassend annehmen. Der Antrag soll also zur Befassung in der gemeinsamen Sitzung im 1. Halbjahr 2023 verwiesen werden.

Fraktionsübergreifend wird die Notwendigkeit des Baus von den Sporthallen festgestellt.

Das **Gremium** und der Antragsteller zeigen sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Juranek** erläutert den Antrag.

BM **Manni** führt dazu aus, dass die Qualität viele Aspekte beinhaltet. Rechtlich gesehen ist es schwierig, für einzelne Nutzer die Straße zu sperren. Es wäre denkbar, eine Durchfahrt für alle Fahrzeuge außer Busse und Taxis zu bestimmten Uhrzeiten zu begründen. Eine Planungsrate sei nicht notwendig; er plädiert für einen Verweis in den Mobilitäts- und Umweltausschuss.

Stadträtin **Dr. Knoß** unterstützt den Antrag und das Anliegen. Vor allem Auto-Poser seien ein großes Problem.

Stadträtin **Seyfang** sieht die rechtlichen Schwierigkeiten als Gegenargument. Die Innenstadt soll

erreichbar bleiben und mit dem wegfallenden Verkehr fehle auch eine Sozialkontrolle. Ihre Fraktion lehnt den Antrag ab.

Stadtrat **Zeltwanger** verfolgt das gleiche Anliegen der Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Ein Fahrverbot ist aus seiner Sicht das falsche Mittel, noch dazu als Einzelmaßnahme ohne ein Innenstadtverkehrskonzept. Ein Verweis an den Ausschuss sei sinnvoll.

Stadträtin **Knecht** zufolge sei ein Innenstadtverkehrskonzept vorrangig zu erstellen. Auch wenn der Autoverkehr herausgenommen wird, entsteht Verkehrslärm durch die durchfahrenden Busse.

Stadträtin **Liepins** stellt klar, dass die Zielrichtung des Antrags sei, die Wilhelmstraße innerhalb der verkehrlichen Entwicklung in der Innenstadt zu verorten. Eine isolierte Betrachtung mache keinen Sinn. Das geforderte Durchfahrtsverbot beziehe sich auch lediglich auf die Abend-/Nachtstunden. Dieser Aspekt soll in die Gesamtbetrachtung einfließen.

Stadtrat **Müller** begrüßt den Antrag, der dazu beitrage, Ruhe in die Straße zu bringen. Er könne dem Antrag zustimmen.

Stadträtin **Kainz** findet das Konzept sinnvoll. Ein Gesamtkonzept für die Innenstadt sei ohnehin wichtig.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass ein Gesamtkonzept für die verkehrlichen Aspekte der Innenstadt seitens des Gemeinderats gefordert wird.

BM **Manni** zufolge sei die Thematik Innenstadtverkehrskonzept sehr komplex und es sei ein Irrglaube, es gebe das eine richtige Konzept. Sinnbildlich führt er aus, dass Verkehr fließe und daher immer unterschiedliche Zustände kenne. Man werde sich auf der Grundlage einer Datenevaluation dem Thema modulweise nähern und der Aspekt Erreichbarkeit sei zentral.

Das **Gremium** und der Antragsteller zeigen sich mit dem Verweis in den Mobilitäts- und Umweltausschuss ohne Zeitvorgabe einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadtrat Heer
Stadtrat Lutz
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Raasch
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Maier** erläutert den interfraktionellen Antrag der SPD- und FDP-Fraktion. Eine Radunterführung würde den gefährlichen Straßenüberweg entschärfen. Als reine Radunterführung seien die Planungs- und Fördergegebenheiten ggf. günstiger als bei einer kombinierten Rad- und Fußunterführung. Es sollte keine Zeit verloren werden.

Die Antragstellerin Stadträtin **Knecht** sieht die Unterführung als logische Fortsetzung der Radroute Marbacher Straße.

BM **Manni** sieht die Unterführung ebenfalls im Zusammenhang mit den Radrouten, die an dieser Stelle über keinen leistungsfähigen Abschnitt verfügen. Die gesamte Sternkreuzung sei sehr komplex und bedarf eine ausführliche Planung. Ebenfalls sei klar, dass die Planungs- und dann Realisierungskosten höher als die beantragten seien. Er plädiert für eine vertiefte Beratung im Mobilitäts- und Umweltausschuss, und die Verkehrsentwicklung durch den Interimskreisverkehr auf der Sternkreuzung sollte abgewartet und evaluiert werden.

Stadtrat **Handel** sieht ebenso die Notwendigkeit, abzuwarten, wie sich der Kreisel bewährt. Kritisch sei, dass die Unterführung in einen Zweirichtungsradweg mündet, was für Stadtrat Handel die Förderfähigkeit in Frage stellt. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen hält er die Unterführung wie beantragt eher nicht sinnvoll.

Stadtrat **Klotz** findet den Antrag sinnvoll. Eine Trennung der Verkehrsführung von Rädern und Fußgängern unter und über die Straße sei konsequent.

Stadtrat **Zeltwanger** findet es eine gute Idee, die seine Fraktion unterstützt. Dieser Schwachpunkt der Radwegführung sei unabhängig vom Kreisverkehr an der Sternkreuzung zu sehen.

Die **Antragsteller** bekräftigen, dass mit der Planung begonnen werden sollte. Über den Antrag solle abgestimmt werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** zufolge sei in der ursprünglichen Untersuchung die Steigung der Rampe das Problem gewesen. Dies sollte nochmals geprüft werden. Für sie seien die tatsächlichen Planungskosten unklar.

Die Machbarkeitsstudie von 2010 habe gezeigt, dass eine rechtskonforme Rampe nicht funktionieren würde, so BM **Mannl**. Eine Lösung der kritischen Stelle sei offen und sei zu untersuchen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** weist auf die Notwendigkeit hin, die Eigentumsverhältnisse der Fläche zu klären.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Anregungen und stellt den Antrag zur Abstimmung.

TOP 1.11	Förderung von Lastenrädern und Lastenanhängern für Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen - Haushaltsantrag der Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.11.2022	Vorl.Nr. 426/22
----------	---	-----------------

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Dogan
- Stadtrat Heer
- Stadtrat Lutz
- Stadträtin Molkenthin-Keßler
- Stadtrat Raasch
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Prof. Vierling** erläutert den Antrag. In seinem Bericht macht er *Änderungen* am Antrag deutlich: Aus dem Titel wird *gestrichen* „mit unterdurchschnittlichem Einkommen“, sowie der Absatz „Voraussetzung für die Förderung der Anschaffung eines Elektrolastenrades ist, dass im Förderjahr kein Auto angemeldet ist oder ein Auto ersatzlos abgemeldet wird.“ Stadtrat Prof. Vierling sieht den städtischen Zuschuss als Ergänzung zu einem Lastenrad-Verleihsystem.

BM **Manni** sieht diese Verbindung zu einem Verleihsystem. Im Ausschuss sei dies bereits behandelt worden. Auch aufgrund der Tatsache, dass die Nutzungszeiten für Lastenräder – wie bei Autos – sehr niedrig seien, präferiert die Stadt den Sharing-Gedanken. Danach könne über Alternativen nachgedacht werden. Die Abmeldung des Autos sei schwierig zu kontrollieren und sei vermutlich aufwendig.

Stadträtin **Seyfang** sieht den Antrag kritisch. Auch sie spricht sich für ein Verleihsystem aus, da die Anschaffung von Lastenrädern für Private ziemlich teuer sei, unabhängig vom Einkommen.

Stadtrat **Weiss** macht auf den bürokratischen Aufwand aufmerksam. Zudem seien die Lastenräder oft in gefährliche Situationen verwickelt und die Unfallstatistik sei zu bedenken.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** kann dem Antrag positive Aspekte abgewinnen, bspw. dass Alternativen zum motorisierten Individualverkehr gefördert werden. Trotzdem sei für ihn kritisch, dass es keine klassische Aufgabe der Stadt sei, private Konsumgüter mitzufinanzieren. Die Gefahren mit Lastenrädern seien Thema, aber eher durch die Verkehrsplanung, z.B. die Breite von Radwegen. Seine Fraktion werde unterschiedlich abstimmen. Verleihsysteme als Alternative hätten auch nicht den gewünschten Erfolg gezeigt.

Für Stadträtin **Knecht** sei die Kontrolle des Abmeldens der Autos bürokratisch aufwendig. Die Stadt solle sich vorrangig um die Infrastruktur wie Radwege und Ladesysteme kümmern.

Der geänderte Antrag wird von OBM **Dr. Knecht** zur Abstimmung gestellt.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erläutert die folgenden Punkte des Änderungsverzeichnis.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Müller** zu dem Haushaltsposten „Straßenbeleuchtung“ erklärt der **Geschäftsführer** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH, dass die Stadtwerke ein wirtschaftliches Interesse an der Umstellung auf LED-Beleuchtung habe und diese stetig umrüste.

Die Nachfrage von Stadtrat **Link** zu den Zeiten der Beleuchtung wird im Nachgang zur Sitzung durch die Stadtwerke beantwortet, sichert der **Geschäftsführer** der Stadtwerke zu.

TOP 1.12

Projekt ZIEL, Arsenalplatz
- Haushaltsantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2022

Vorl.Nr. 429/22

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan

Protokollauszug Gemeinderat 06.12.2022

Stadtrat Heer
Stadtrat Lutz
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Raasch
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Dieser Antrag wird im Sachzusammenhang unter Tagesordnungspunkt 3 aufgerufen. Zum Beratungslauf siehe TOP 3.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Beratungsverlauf:

Die Antragstellerin Stadträtin **Liepins** erläutert den Antrag. Sie wolle nicht nur einen Ersatz für die Lärmschutzwand, sondern auch eine Verbesserung der Lärmproblematik insgesamt. Die Thematik sollte tiefergehend im Ausschuss diskutiert werden.

BM **Manni** berichtet, dass das Projekt eine neue Ortseingangssituation schaffen soll, mit Lärmschutz für die Bewohnerinnen und Bewohner und den Friedhofsbereich. Es bestehe eine Fördermöglichkeit über das Programm „Anpassung urbaner Räume an Klimawandel“ mit 85 %. Das Projekt werde nur durchgeführt, wenn die Förderung positiv beschieden wird. Die genaue Planung könne dem Gemeinderat zukommen. Mit Beschluss zum Antrag und damit Wegfall des Projekts würden ca. 270.000 Euro Eigenanteil der Stadt eingespart.

Aufgrund der Ausführungen wird der Antrag durch die **Antragstellerin** zurückgezogen. Es findet keine Abstimmung statt.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen wirft ein, dass die Fördermittel noch nicht im Haushalt enthalten seien, hier seien haushaltstechnische Anpassungen nötig. Eine Information erfolge hierzu in morgiger Sitzung des Gemeinderats.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird zurückgezogen.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Prof. Vierling** erläutert den Antrag. Er stellt klar, dass in der Begründung des Antrags es heißen müsste: „... in den Abendstunden von 19 Uhr auf 22 Uhr ...“.

BM **Manni** sieht die Verbindung zur anstehenden Beratung der Bewirtschaftungszeiten in den

Parkzonen 1, 2 und 3 (Oststadt) im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 26.01.2023. Er spricht sich dafür aus, die Thematik des Antrags in jener Sitzung mitaufzugreifen.

Stadtrat **Klotz** bittet darum, über den Antrag abzustimmen. Seine Fraktion würde ihn ablehnen. Er sieht die Begründung für den Antrag problematisch.

Stadtrat **Weiss** spricht sich für eine Vereinfachung der Parkierungszonen aus, auch mithilfe der Digitalisierung.

Stadtrat **Maier** möchte das große Thema der Parkraumbewirtschaftung gesamthaft im Ausschuss beraten und in heutiger Sitzung nicht abstimmen. Es sollten klare Regeln gelten.

Stadtrat **Eisele** kann mit der Ausdehnung der Bewirtschaftungszeiten auf Sonntage und bis 22 Uhr nicht mitgehen und würde den Antrag ablehnen.

Stadträtin **Kainz** spricht den schmalen Grat an, der zwischen einer Belebung der Innenstadt und einer Abschottung bestehe.

Stadtrat **Müller** findet den Antrag positiv, da er die Parkhäuser stärke und den Parksuchverkehr verringere. Die Thematik sollte im Ausschuss tiefergehend diskutiert werden. Eine Belebung der Innenstadt finde aus seiner Sicht nicht durch und mit Autos statt.

OBM **Dr. Knecht** berichtet von Bürgerwünschen v.a. aus der Oststadt, die eine Ausweitung der Bewirtschaftungszeiten auf Sonntage begrüßen. Somit sei für ihn ein klarer Auftrag aus der Bürgerschaft vorhanden.

Stadtrat **Haag** bittet darum, über den Antrag abzustimmen, da er eine neue Thematik der Bewirtschaftungszeit bis 22 Uhr beinhalte.

Der Antrag wird daraufhin vom Antragsteller Stadtrat **Prof. Vierling** zurückgezogen.

TOP 1.15

Baumpatenschaften in Ludwigsburg
- Haushaltsantrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2022

Vorl.Nr. 430/22

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Eisele** erläutert den Antrag.

Eine Baumpatenschaftsmodell gebe es bereits in Ludwigsburg. Auf Vorschlag von BM **Manni** wird

der Antrag in den Mobilitäts- und Umweltausschuss ohne Zeitvorgabe verwiesen. Das Thema solle umfassend aufbereitet werden.

Das **Gremium** und der Antragsteller zeigen sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird vom Antragsteller Stadtrat **Eisele** vorgestellt.

OBM **Dr. Knecht** schlägt eine Beratung des Themas im Bildungs- und Sozialausschuss vor.

Die Stadträte **Dr. Knoß, Braumann, Maier** und **Weiss** stellen den Bedarf einer zweiten Kneippanlage in der Stadt in Frage. Der Stadtteilausschuss sollte beteiligt werden und als Gremium seine Einschätzung dazu abgeben.

Das **Gremium** einigt sich auf Vorschlag von OBM **Dr. Knecht**, dass die Frage nach dem Bedarf und Wunsch, eine Kneippanlage in der Weststadt zu errichten, zunächst in der kommenden Sitzung des Stadtteilausschusses Weststadt erörtert werden soll.

Der **Antragsteller** zeigt sich damit einverstanden.

Der Antrag ist damit erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Die Anträge 410/22 und 411/22 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Der Antragsteller Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erläutert die Anträge. Die Anträge seien aus Anregungen aus den Stadtteilen entstanden. Der Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport solle neben dem Fachbereich Tiefbau und Grünflächen in die Planungen mit einbezogen werden.

Es gebe die Idee, dass die Stadtverwaltung Produkte wie Bänke oder andere Möblierungen oder Bäume bis kurz vor der Realisierung plane, und dann auf mögliche Spender zugehe. Die andere Reihenfolge, dass eine Spenderin ein Engagement anmeldet und erst dann die Planung beginne, dauere oft sehr lange. Ein Planansatz sei nicht erforderlich. Auf Vorschlag von BM **Manni** werden die Anträge in den Mobilitäts- und Umweltausschuss ohne Zeitvorgabe verwiesen, um dort die Konzepte vorzustellen.

Das **Gremium** und der Antragsteller zeigen sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Die Anträge 410/22 und 411/22 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Zum Beratungslauf s. TOP 1.17.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Braumann** erläutert den Antrag.

Eine digitalisierte Raumvergabe bei allen 135 Gebäuden der Stadt existiere noch nicht. Die Priorisierung der Digitalisierung liege momentan auf dem Thema Arbeitseffizienz. Gleichwohl verfolge die Stadt einen lösungsorientierten Ansatz bei der Digitalisierung und bei der Raumvergabe. Auf Vorschlag von EBMin **Schmetz** nimmt die Verwaltung das Thema im Rahmen der Digitalisierung und Wandlung zur Verwaltung 2.0 auf.

Das **Gremium** und der **Antragsteller** zeigen sich mit dem Vorgehen einverstanden. Stadtrat Braumann bittet darum, das Thema mittelfristig anzugehen.

Der Antrag ist damit erledigt.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Weiss** erläutert den Antrag. Er konkretisiert den Antrag (s. Anlage zum Antrag 436/22).

Im Jahr 2023 seien Investitionen im Bereich Photovoltaik mit einem Volumen von 5 Mio. kWp ohnehin geplant, führt BMin **Schwarz** aus. Das Thema solle auf die Behandlung im Bauausschuss ohne Zeitvorgabe verwiesen werden.

Das **Gremium** und der Antragsteller zeigen sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller Stadtrat **Sorg** erläutert den Antrag.

Das Thema könne lt. dem **Fachbereichsleiter** Finanzen für den Wirtschaftsplan ab 2024 in den Blick genommen werden (aufgrund des Doppelhaushalts 2022/2023 der Stadt Kornwestheim). Das Thema sei bereits im Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim vorbereitet worden und die Vorschläge von 4 oder 6 Mio. Euro seien erarbeitet worden. Auch solle das Jahr 2023 des Risikomanagements abgewartet werden.

Die Eigenkapitalquote solle nachhaltig gestärkt werden. Stadtrat **Herrmann** könne mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen.

Stadtrat **Weiss** spricht sich dafür aus, dass die Stadtwerke die Stärkung der Eigenkapitalquote durch eigene Erträge selbst erwirtschaften.

Stadtrat **Haag** fragt, wo die Stadt das Kapital hernehme. Er sei zurückhaltend, wenn es vom Kapitalmarkt geholt werde.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** findet die Eigenkapitalquote der Stadtwerke problematisch. Im Aufsichtsrat sei das Thema gut vorbesprochen worden. Bei der Konstruktion mit Genussrechten seien allerdings noch Fragen offen.

Mit der Aussage der Verwaltung und der weiteren Befassung im Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim im Laufe des nächsten Jahres zeigt sich der Antragsteller und das **Gremium** einverstanden.

Der Antrag ist damit erledigt.

OBM **Dr. Knecht** schließt den Tagesordnungspunkt 1.

Beschluss:

Der Fachbereich Feuerwehr und Bevölkerungsschutz wird mit der Beschaffung von sechs leistungsstarken Netzersatzanlagen (mobile Stromerzeuger auf Anhängeraufbauten, 75-80kVA) zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit jedes einzelnen Vorort-Feuerwehrhauses für den Fall eines länger andauernden Stromausfalls (Blackout) beauftragt. Die Kostenkalkulation beläuft sich derzeit auf 530.000€ brutto. Die Landesförderung Z-Feu von 30% wird hierzu beantragt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadtrat Heer
Stadtrat Lutz
Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Raasch
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf. Seitens des Gremiums wird auf Sachvortrag verzichtet. Er eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt nach der Möglichkeit, nicht nur Benzin und Diesel als Treibstoff der Stromerzeuger zu verwenden und regt in diesem Zusammenhang eine Batteriespeicherung und eine Kooperation mit der Ludwigsburger Firma Instagrid an.

Stadtrat **Müller** fragt, ob die Stromerzeuger nur für die Aufrechthaltung des Funkverkehrs zur Verfügung stehen oder auch für andere Versorgungsbereiche. Er erkundigt sich, was mit den bestehenden Stromerzeugern passiert.

Stadtrat **Klotz** erläutert, dass die Anlagen großzügig bemessen seien, und damit keine Batteriemöglichkeit bestehe. Er fragt, ob zu den Stromerzeugern auch Lichtmasten beschafft werden können.

Stadtrat **Eisele** spricht das Leuchtturmkonzept an, das die Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger aufzeigt. Er wirbt für das Projekt.

Stadtrat **Link** fragt nach geeigneten und verfügbaren Unterstellmöglichkeiten in den Feuerwehrhäusern.

EBMin **Schmetz** antwortet, dass der Kontakt zur Ludwigsburger Firma hergestellt worden sei und die Möglichkeit eruiert worden, aber praktisch schwierig umsetzbar sei. Die Feuerwehrhäuser mit ihrer Ausstattung sollen mit Strom versorgt werden. Die neuen Stromerzeuger ergänzen die vorhandenen Anlagen und ermöglichen so die Erfüllung von Notfallplänen des Landkreises und des Landes. Die Unterstellmöglichkeiten seien erörtert worden. Für einige Feuerwehrhäuser müsse neuer Platz zum Unterstellen gefunden werden.

OBM **Dr. Knecht** stellt sodann die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

TOP 3	Zentrale Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg (ZIEL) Entwurfs- und Baubeschluss Gestaltung Arsenalplatz Kenntnisnahme Vorentwurfsplanung Schillerplatz	Vorl.Nr. 257/22
-------	--	-----------------

Beschluss:

1. Entwurfs- und Baubeschluss Arsenalplatz (Umsetzung in einem Bauabschnitt):
Der Entwurfs- und Baubeschluss zur Sanierung und Umgestaltung des Arsenalplatzes in einem Bauabschnitt wird gefasst. Grundlage ist die beiliegende Entwurfsplanung des Büros MANN Landschaftsarchitektur, Marktstraße 14, 36037 Fulda.

Dem Entwurfs- und Baubeschluss wird die Planung inklusive großem Fontänenfeld (Anlage 1) zugrunde gelegt. Die Gesamtprojektkosten von 4.800.000 Euro (inkl. Mehrwertsteuer, 26% Baunebenkosten, 10% Sicherheit und 6% Teuerung) werden genehmigt. Nach Abzug der möglichen Förderung von 1.200.000 Euro verbleibt ein Anteil der Stadt von 3.600.000 Euro.
2. Vergabe der Planungsleistungen für die Freiraumplanung Leistungsphasen 4 – 9
Der Vergabe der Planungsleistungen (enthalten in den oben aufgeführten Gesamtprojektkosten) für die Freiraumplanung an Leistungsphase 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung zum Entwurf an das Büro MANN Landschaftsarchitektur, Marktstraße 14, 36037 Fulda wird zugestimmt.
3. Kenntnisnahme Vorplanung Schillerplatz
Die Vorplanung Schillerplatz wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 25 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadtrat Heer
Stadtrat Lutz

Stadträtin Molkenthin-Keßler
Stadtrat Raasch
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf. Er verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 01.12.2022.

Im Sachzusammenhang wird unter Tagesordnungspunkt 3 der Haushaltsantrag der FDP-Fraktion 429/22 aufgerufen.

Der Antragsteller Stadtrat **Eisele** stellt zunächst den Antrag vor. Er betont vor allem die Einsparungsmöglichkeiten durch den Antrag.

Es folgt eine kurze Erläuterung durch OBM **Dr. Knecht** und BMin **Schwarz**. Es sei ein klares und zukunftsweisendes Zeichen der Klimafolgenanpassung durch die Gestaltung mit vielen Bäumen. Die wertige Gestaltung diene auch der Wirtschaftsförderung und einer erheblichen Attraktivierung der Innenstadt. OBM Dr. Knecht verweist auf die Geschichte des Marktplatzes. Auch unter finanziellen Aspekten sei jetzt der richtige Zeitpunkt angesichts der Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt. Nach neun Jahren der Planung sollte jetzt die Umsetzung kommen. Viele Anträge aus den Reihen des Gemeinderats seien in die Gestaltung eingeflossen.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet sodann die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** hat seit 2006 lange auf die Umsetzung gewartet. Für sie sei ein Tag der Freude, dass der Platz in der Gestaltung mit vielen Bäumen jetzt umgebaut wird.

Stadtrat **Braumann** zufolge würde die Untätigkeit die Stadt mehr kosten als die Umsetzung, dem FDP-Antrag könne er somit nicht zustimmen. Seine Fraktion sei für die Umgestaltung mit den weiterhin bestehenden Parkplätzen. Die Sicherheitsaspekte seien berücksichtigt. Die Förderung des Bundes und Landes solle nicht gefährdet werden.

Stadtrat **Weiss** verweist auf offene Anträge seiner Fraktion zum Projekt ZIEL (Ziffer 5 des Antrags 455/17 sowie Antrag 039/18). Außerdem sei über den Antrag 419/21 noch nicht abgestimmt worden, dieser sei in den Haushaltsberatungen im Dezember 2021 beraten worden. In den Abstimmungen befinde sich seine Fraktion in einem Dilemma. Zum Entwurf äußert er sich positiv, gleichzeitig seien die Investitionen in Bildung und Betreuung vorrangig. Daher könne er der Vorlage 257/22 nicht zustimmen. Den Antrag der FDP-Fraktion lehnt er ab.

Stadträtin **Liepins** sieht eine einmalige Chance zum Umbau. Die Gestaltung mit vielen Bäumen, für eine bessere Luft- und Aufenthaltsqualität für die Innenstadt werde bestimmt Vorbild über Ludwigsburg hinaus. Dem Antrag der FDP könne sie nicht zustimmen.

Stadtrat **Müller** meint, dass eine Verschiebung eine Durchführung in den nächsten acht bis zehn Jahren unmöglich macht. Der Arsenalplatz sollte jetzt umgesetzt werden. Von vielen Ludwigsburgerinnen und Ludwigsburgern werde die Umgestaltung herbeigesehnt, und es entstehe ein hoher Mehrwert dadurch.

Es sei ein positives Signal für die Weiterentwicklung der Innenstadt und für Gewerbetreibende und Investoren, wie auch für die Einwohnerinnen und Einwohner, so Stadträtin **Kainz**. Die Autostellplätze sollen in den Tiefgaragen dargestellt werden. Sie lehnt den Antrag der FDP ab.

Für Stadtrat **Haag** sei verständlich, dass viele das Projekt endlich abschließen wollen. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation und anderen großen Projekten, die nicht durchfinanziert sind, könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Die beiden genannten Anträge der Freie-Wähler-Fraktion zum Projekt ZIEL (Ziffer 5 des Antrags 455/17 sowie Antrag 039/18) seien mit der vertieften Planung sowie mit Beschlussfassung zur Vorlage 257/22 erledigt, so OBM **Dr. Knecht**.

Zunächst lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag 429/22 der FDP-Fraktion abstimmen:

Der Beschluss über den Antrag 429/22 wird mit 3 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadtrat Heer
Stadtrat Lutz
Stadträtin Molkenhuth-Keßler
Stadtrat Raasch
Stadträtin Wiedmann

Sodann stellt OBM **Dr. Knecht** den Antrag 419/21 der FW-Fraktion zur Abstimmung:

Der Beschluss über den Antrag 419/21 wird mit 8 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Dogan
Stadtrat Heer
Stadtrat Lutz
Stadträtin Molkenhuth-Keßler
Stadtrat Raasch
Stadträtin Wiedmann

Abschließend lässt OBM **Dr. Knecht** über den Beschlussvorschlag abstimmen (s. Abstimmungsergebnis).

Er schließt daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung.